



An den Grossen Rat

09.5115.03

WSU/P095115

Basel, 23. Oktober 2013

Regierungsratsbeschluss vom 22. Oktober 2013

Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend „Abstellplätze und öffentliche Strom-Tankstellen für Elektro-Zweiräder“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 14. September 2011 vom Schreiben 09.5115.02 des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

„Eine Politik weg vom Erdöl und der Einschränkung von CO₂-Emissionen kann durch die Förderung des Langsamverkehrs und durch Elektro-Mobilität, d.h. den Ersatz von Benzinmotoren durch Elektromotoren, gefördert werden. Der begrenzte Strassenraum in der Stadt, Parkplatzmangel und höhere Treibstoffkosten machen in erster Linie das Velo und den Fussverkehr, aber auch E-Bikes und Elektro-Roller zu einer sinnvollen Alternative. In letzter Zeit haben Pendler Elektro-Zweiräder als kostengünstiges, schnelles und bequemes Transportmittel entdeckt. Die Technik von Elektro-Fahrzeugen ist heute im Segment der Zweiräder ausgereift. Der Strombedarf eines E-Bikes ist lächerlich gering, eine „Tankfüllung“, die 30 km weit reicht, kostet weniger als 10 Rappen. Auch E-Roller brauchen nur 6-7 kWh auf 100 Kilometer, weil der Elektromotor effizienter und der Energieverbrauch fünf Mal geringer ist als bei einem Benzinmotor. Roller mit Benzinmotoren produzieren zudem einen überproportionalen Anteil an Abgasen und Luftschadstoffen. Schon heute fördert der Kanton Elektro-Bikes durch eine Subvention beim Kauf. Hingegen gibt es in Basel nur ganz wenige Strom-Tankstellen, an welchen abgestellte Elektro-Zweiräder aufgetankt werden können. Sinn würde dies überall dort machen, wo Elektro-Zweiräder für länger als 1-2 Stunden parkiert werden, also an Bahnhöfen, in zentrumsnahen Parkhäusern, oder bei grösseren Arbeitgebern in der Stadt. Die geringe Verfügbarkeit von Strom-Tankstellen behindert die Verbreitung der Elektro-Mobilität.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

- Wo in der Stadt Basel, insbesondere bei Bahnhöfen (SBB und S-Bahn), in zentrumsnahen Parkhäusern und bei grösseren Arbeitgebern, Abstellplätze für Elektro-Zweiräder (E-Bikes, E-Roller) eingerichtet werden können, welche die Möglichkeit bieten, während der Parkdauer Strom zu tanken. Die Einrichtung solcher Abstellplätze durch Private soll aus der Förderabgabe subventioniert werden.
- Zu prüfen ist, ob die geringen Kosten des bezogenen Stroms aus der Förderabgabe subventioniert werden können.
- Mit welchen zusätzlichen Massnahmen bei Pendlern das Umsteigen von Motorfahrzeugen auf Elektro-Zweiräder gefördert werden kann.

Jürg Stöcklin, Mirjam Ballmer, Martin Lüchinger, Brigitta Gerber, Heiner Vischer,
David Wüest-Rudin, Dieter Werthemann, Loretta Müller, Christian Egeler, Jörg Vitelli“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

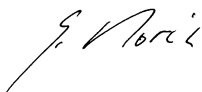
Mit Schreiben 09.5115.02 vom 29. Juni 2011 beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat, den Anzug stehen zu lassen. In seiner Zwischenantwort hatte der Regierungsrat festgehalten, dass eine Notwendigkeit von zusätzlichen öffentlichen Stromtankstellen für E-Bike-Pendler nicht gegeben sei, weil neuere E-Bike-Modelle mit grösserer Reichweite und abnehmbaren Batterien darauf nicht mehr angewiesen sind. Bei den E-Scootern hingegen sei die Situation anders, weil bei diesen Fahrzeugen die Batterien nicht aus dem Fahrzeug entfernt und zu Hause oder am Arbeitsplatz aufgeladen werden können. Entsprechend könne nicht abgeschätzt werden, ob Motorfahrzeugpendler auf einen E-Scooter umsteigen würden, wenn an geeigneten Standorten öffentlich zugängliche Stromtankstellen vorhanden wären. Um diese Fragen zu klären, wollte der Regierungsrat die Auswertungen aus dem NewRide-E-Scooter-Aktionsprogramm abwarten.

Der erstmalige Antrag des Regierungsrates, den Anzug ausstellen zu lassen, wurde somit vor allem mit dem Hinweis auf eine hauptsächlich vom Bund finanzierte Studie von NewRide zum Thema „E-Scooters“ begründet. In dieser Studie soll unter anderem geklärt werden, wie sich in der Schweiz eine kostengünstige und verbraucherfreundliche Ladestation-Infrastruktur realisieren lässt. Insgesamt benötigt die Datenerhebung jedoch mehr Zeit als ursprünglich geplant. Der Grund dafür ist, dass trotz finanziellen Anreizen in sieben Schweizer Städten (St. Gallen, Zürich, Bern, Basel, Fribourg, Neuchâtel und Lausanne) bisher nur wenige E-Scooters gekauft wurden. Das Forscherteam strebt an, bis Ende des Jahres 2013 hundert ausgefüllte Fragebogen von E-Scooter-Nutzern auswerten zu können. Daher sind die Resultate dieser Studie erst im Lauf des Jahres 2014 zu erwarten. Zwischenresultate der Studie sind unter folgender Internetadresse zugänglich:

www.ikaoe.unibe.ch/forschung/e-scooter/index.html

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend „Abstellplätze und öffentliche Strom-Tankstellen für Elektro-Zweiräder“ erneut stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin